

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Mercredi (matin) 21 janvier 2015

Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

**9 2014.RRGR.1133 Motion 216-2014 Grimm (Berthoud, pvl)
Régler la taxe d'eau des grandes centrales hydrauliques**

Suite

La présidente. J'aimerais commencer la séance, je vous prie de prendre place. La séance du mercredi 21 janvier 2015 est ouverte. Les groupes peuvent s'annoncer pour l'affaire 9, motion de M. Grimm. Deux groupes se sont déjà exprimés. J'aimerais encore donner deux informations. (*La présidente agite sa cloche.*) J'aimerais vous donner une information importante. Ce n'est même pas une information, c'est un ordre! Si vous retirez des interventions, je vous prie de le faire par écrit au guichet ainsi qu'à moi-même. Pour l'instant, il n'y a pas d'ordre, certains vont chez le vice-président, d'autres viennent vers moi, il y en a qui annoncent cela au guichet. Alors, je vous demande d'envoyer par écrit si vous retirez une intervention, de l'annoncer au guichet et à la présidente en ce moment et plus tard au président. Comme je vous l'ai donc dit, nous étions à l'affaire 9. Je n'ai toujours pas de groupe. Plus personne ne veut s'annoncer? – Pour l'UDC M. Messerli.

Walter Messerli, Interlaken (UDC). Die SVP stimmt dieser Motion relativ stark zu. Es mag die eine oder andere Enthaltung geben, aber man kann doch sagen grossmehrheitlich. Meine Sessionsredezeit – wenn es eine solche im Parlamentsgesetz geben würde, hätte ich im Grunde bereits aufgebraucht. Daher fasse ich mich kurz. Die SVP stimmt der Begründung des Motionärs, Christoph Grimm, vollumfänglich zu. Wie wir wissen, können die Betriebskosten der Grosswasserkraftwerke durch die Höhe des Wasserzinses gehoben oder gesenkt werden. Hier im Grossen Rat ist allen klar, dass es in erster Linie um die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) geht. Mit dieser Motion können wir kaum grosse Energiepolitik betreiben. Wir können auch kaum Einfluss auf die Entwicklung in den Strompreisen nehmen. Diese sind im europäischen Markt ja zusammengebrochen, und das ist für die Kraftwerke und für die Energieunternehmen bitter. Wie wir wissen, können die verschiedenen hängigen Wasserkraftprojekte aus wirtschaftlichen Gründen nicht ausgeführt werden und sind sistiert. Zudem wissen wir, dass sich die Energiewende hin zu erneuerbarer Energie ohne Wasserkraftwerke nicht umsetzen lässt. Sonne, Wind und Sparen reichen nicht aus! Diese Motion ist ein kleines Schraubchen, ein kleines Rädchen, das vielleicht ein Zeichen setzt und ein bisschen Goodwill verströmt. Wie der Präsident des Verwaltungsrats der BKW, Urs Gasche, hier unten im Ratssaal anlässlich einer Branchenveranstaltung während der letzten Session gesagt hat, sind die Strom produzierenden Unternehmen in ihrer Existenz bedroht. Das betrifft natürlich die BKW und die KWO, denn die BKW ist an der KWO ja zu 50 Prozent beteiligt. Deshalb kann mit dieser Motion ein kleines Zeichen gesetzt werden. Daher beantragt Ihnen die SVP die Zustimmung zu dieser Motion.

Ernst Tanner, Ranflüh (UDF). (*La présidente agite sa cloche.*) Die EDU-Fraktion will nicht, dass die Wasserkraftwerke noch mehr behindert werden. Durch die Erhöhung der Wasserzinsen besteht die Gefahr, dass die Nutzung der Wasserkraft nicht mehr ausgebaut wird und sehr viel Wasser aus unserem Kanton abfließt, ohne Strom zu produzieren. Wir von der EDU stimmen dieser Motion in allen Punkten zu.

Peter Flück, Unterseen (PLR). Ich nehme es gerade vorweg (*la présidente agite sa cloche*): Die

FDP-Fraktion stimmt diesem Vorstoss grossmehrheitlich nicht zu. Uns aber deshalb zu unterstellen, wir seien gegen den Ausbau der einheimischen Wasserkraft und wir würden erneuerbare Energien nicht unterstützen, sondern uns gegen die Energiestrategie des Bundes stellen und die heutige, schwierige Situation auf dem Strommarkt verkennen, greift viel zu kurz.

Weshalb greift das zu kurz? Ich teile die Euphorie für die Veränderung durch erneuerbare Energien durchaus. Aber hier gibt es ein Missverhältnis zwischen der Wirkung dieser Massnahmen – die finanziell für das Unternehmen BKW AG zugestandenermassen sehr gering ist – und anderen Massnahmen, die wir gerade im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) beschlossen haben und die für die Betroffenen Grosswirkung haben. Die ASP-Diskussionen sind in unserer Fraktion intensiv in Erinnerung. Damals haben wir teilweise einschneidende Sparmassnahmen beschlossen. Und wir haben sie, im Zusammenhang mit dem Budget 2015, hier im Grossen Rat noch einmal unterstrichen. Ich erinnere an die Streichung der Verbilligung der Krankenkassenprämien und an die Kürzungen bei der Spitex, über deren Auswirkungen wir gestern in der Zeitung lesen konnten. Aber auch die Kürzungen im Bildungsbereich sind wesentlich usw., usw.

In Zusammenhang mit der ASP haben wir auch Mehreinnahmen beschlossen. Ich erinnere an die neuen Wasserzinsen, welche Liegenschaftsbesitzer mit einer Wärmepumpe im Grundwasser bezahlen müssen. All die Betroffenen werden wohl zu Recht fragen, weshalb man einem Konzern wie der BKW AG Zinsen erlässt, ihnen aber nichts schenkt. Das wird wohl nicht so einfach zu erklären sein, zumal die Motionäre gestern selbst gesagt haben, dass die betroffenen Firmen die gesetzlich vorgegebene Zinserhöhung eigentlich leicht verkraften können und Projekte wohl kaum gefährdet seien. Da wirkt unser allfälliger Verzicht auf diesen Zins ohne Not auf die Betroffenen schon fast zynisch. Und noch etwas: Ausgerechnet der Kanton Bern – in regelmässiger finanzieller Notlage und erster Nehmerkanton im interkantonalen Finanzausgleich – verzichtet als allererster Kanton und vielleicht als einziger Wasserkanton auf zusätzliche Zinseinnahmen von immerhin über vier Millionen Franken. Wie erklären wir das? In den übrigen Wasserkantonen steht nämlich ein Verzicht, wie ihn die Motionäre fordern, nicht zur Debatte. Im Gegenteil, diese Kantone wollen die Mehreinnahmen; ich habe mich diesbezüglich bei der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren EnDK erkundigt.

Und noch etwas anderes zur nationalen Ebene: Im Dezember hat der Nationalrat beschlossen, dass die Möglichkeit der Zinserhöhung, wie sie nun auf 2015 beschlossen ist, bereits 2019 überprüft werden soll. Lassen wir das doch auf uns zukommen. Wer weiss denn schon, wie die Situation 2019 aussieht. Die BKW wird die laufenden Kosten für diese Zinsen verkraften. Zum einen haben das die Motionäre selber gesagt. Zum andern stehen diese Kosten von rund 20 Millionen Franken, die da bis 2019 auflaufen, in keinem Verhältnis zu dem, was die BKW insgesamt ausgibt. Ich denke, diese Milliarden, die sie für erneuerbare Energie ausgeben, beziehungsweise in den Ausbau der Wasserkraft zu stecken wollen, das liegt doch im Toleranzbereich einer Vergabe. Aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss mit einer satten Mehrheit ab.

La présidente. Pour le PEV, M. Aeschlimann. Y a-t-il encore des groupes? – S'il y a des intervenants à titre personnel, vous pouvez vous annoncer maintenant. A vous, M. Aeschlimann.

Martin Aeschlimann, Berthoud (PEV). Die Wasserkraftnutzung unterlag früher einer Art Generationenvertrag. Mit Pioniergeist wurden weitsichtige Investitionen für viele nachfolgende Generationen getätigt. Wo es früher noch berechenbare Marktverhältnisse gab, bestimmen heute Unsicherheit und Marktverzerrungen den Strommarkt. Weil sich die europäischen Staaten zu einer Art Heimatschutz entschieden haben und ihre Energieproduktion staatlich fördern, gibt es beim Strom keine Kostenwahrheit. Die europäischen Stromhandelspreise sind in den letzten Jahren rapide gesunken. Der Hauptgrund ist billiger Kohlestrom und nicht, wie häufig behauptet, der Zubau der erneuerbaren Energie in Deutschland. Die Schiefergasförderung in den USA, das Fracking, hat nämlich dazu geführt, dass grosse Mengen günstiger amerikanischer Kohle zur Stromproduktion nach Europa gelangt sind. Dazu kommt, dass die tiefen europäischen CO₂-Preise als Kostenfaktor gegenwärtig kaum noch ins Gewicht fallen. In diesem aktuellen Marktumfeld findet der für die energiepolitische Agenda 2050 dringend benötigte Ausbau der Wasserkraft schlicht nicht statt. Die Motion könnte daher eine Anreizfunktion ausüben, auch wenn wir uns alle bewusst sind, dass diese Massnahmen alleine nicht zum Durchbruch in der Projektpipeline führen werden. Walter Messerli hat es gesagt: Es ist ein kleines Schräubchen, es ist ein kleines Zeichen mit mehr symbolischer Wirkung.

Insbesondere aber der zweite Punkt der Motion – ich bitte Sie, diesen noch nachzulesen – kann als Überbrückungshilfe den Ausbau der Wasserkraft beschleunigen, wenn die geplante Förderung der Investitionsbeiträge der Energiestrategie 2050 auf sich warten lässt. Warum diese Motion nicht zielführend sein soll, wie die rot-grüne Regierung schreibt, ist für mich nicht nachvollziehbar und leider auch nicht argumentativ belegt. Es gibt doch keine vernünftigen Gründe, im heutigen Marktumfeld, die Stromproduktion mit Wasserkraft finanziell zusätzlich zu belasten. Das ist auch der Grund, weshalb ich als Mitmotionär aufgeführt bin.

Liebe Frauen und Männer, wir brauchen aber nicht nur den Ausstieg aus der Kernenergie, wir brauchen einen genauso konsequenten Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Denn unser fossiler Energiehunger hat eine zweifache Wirkung. Er belastet einerseits das Klima und zudem in den Förderländern auch die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse bis hin zu Kriegen um Öl und Gas, durch unser Geld, das dorthin fliesst.

Um nun diesen dringend notwendigen Ausstieg zu schaffen, steht der Schweiz dank Topographie und Niederschlägen eine privilegierte Alternative zur Verfügung, nämlich die Wasserkraft. Die Worte von Jakob Etter von der BDP liegen mir heute noch in den Ohren. Sinngemäss sagte er nämlich gestern: Kernenergie war gestern! Heute gilt die Energiewende, und die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien! Irgendwie in dieser Art, nicht wahr, Jakob? Für mich war das ein Highlight gestern und bisher *das* Votum dieser Session. Auch wenn ein erster Sonnenstrahl noch keinen Frühling bedeutet, ist doch das Versprechen der BDP ein ermutigendes Zeichen für eine kleine Energiewende hier im Ratssaal. Die nächsten Vorlagen, die auf dem Weg zur Energiewende dann wieder Nägel mit Köpfen machen, werden bestimmt kommen.

Ueli Frutiger, Oberhofen (PBD). Zuerst möchte ich etwas präzisieren. Der Kanton Bern ist der einzige Kanton, der selber die Wasserzinsen einkassiert. In den andern Kantonen gehen diese Gelder an die Gemeinden. Mir ist durchaus bewusst, dass die Schweiz auf dem Strommarkt keine Insel ist. Wir sind vernetzt, das ist eine Tatsache. Doch was wissen wir schon über den billigen Strom aus dem Ausland in zehn, zwanzig Jahren? Steht dieser dann noch zur Verfügung oder ist er dann vielleicht teurer und knapper geworden? Zudem kann man sagen, dass der billige Strom, den wir heute importieren, in den wenigsten Fällen ökologisch produziert wird. Eine Ausnahme ist vielleicht derjenige aus Windenergie. Die Stichworte Kohlestrom und CO₂ fielen bereits. Aus meiner Sicht dürfen wir uns in der Stromproduktion nicht weiter in die Abhängigkeit vom Ausland begeben. Wir müssen selber dafür sorgen, dass wir den Strom, den wir in der Schweiz brauchen, möglichst selber produzieren können, und darum ist Wasserkraft wichtig. Für mich ist es fast wie kriegswirtschaftliche Landesversorgung, dass wir unsere Wasserkraft pflegen.

Michel Rudin, Lyss (pvl). Ich werde selbstverständlich die Motion meines Kollegen Grimm unterstützen. Ich möchte aber noch einen weiteren Aspekt beifügen. Der eine oder andere von Ihnen weiss, dass ich mich auch national mit den Konsumenteninteressen auseinandersetzen muss. Weshalb komme ich jetzt ausgerechnet damit? Zurzeit ist eine Vernehmlassung zur Strommarktliberalisierung für die einzelnen Konsumentinnen und Konsumenten unterwegs. Ich gehe davon aus, dass man irgendwann in der Zukunft wählen kann, ob man als Konsument hier oder dort einkaufen will. Wenn das kommt, dann stehen wir hier im Kanton Bern national und international in der Konkurrenz, und die preissensiblen Konsumentinnen und Konsumenten werden sich überlegen, wo sie einkaufen. Darum ist es sehr wichtig, dass wir hier im Kanton Bern für unseren Wirtschaftsstandort, für unsere Konsumenten aber auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler konkurrenzfähig bleiben. Ein weiterer Aspekt ist natürlich auch die Nachhaltigkeit. Deshalb müssen wir Strom aus Wasserkraft fördern. Wenn wir eine Energiewende herbeiführen wollen, dann muss die BKW AG auch sehr viel Geld aufbieten und diese Investitionssumme dürfen wir nicht mit solchen Zinsen mindern. Infolgedessen empfehle ich Ihnen ganz klar die Annahme.

Antonio Bauen, Münsingen (Les Verts). Ich spreche hier als Mitmotionär und nicht als Fraktionssprecher. Wir alle wollen eine saubere und sichere Energieversorgung! Das haben wir nun schon einige Male gehört. Sie muss sicher sein im Sinne von Versorgungssicherheit für Gewerbe und Industrie, aber auch im Sinne von Betriebssicherheit und Verhinderung von Unfällen und Katastrophen. Auch muss sie sauber sein im Sinne von CO₂-minimiert und risikofrei, also erneuerbar statt atomar. Die Energiewende ist eingeleitet. Bis sie vollzogen ist, gibt es aber ein paar Übergangsprobleme. Ein Stichwort dazu ist der tiefe Strompreis, der sich auf dem Markt ergeben hat. Das führt zu einem Investitionsstopp bei den erneuerbaren Energien, die wir eigentlich

ausbauen möchten. Das darf nicht sein! Kraftwerke stehen in einem internationalen Wettbewerb. Bei den Neuinvestitionen, die sie tätigen möchten und die zum Teil bereits bewilligt sind, werden die Wasserzinsen zum Problem.

Ich will mithelfen, Spielräume für solche Investitionen zu schaffen. Der Verzicht auf die Erhöhung und die Möglichkeit der Reduktion oder Aussetzung der Zinsen für Neuanlagen scheint mir sinnvoll und schafft den notwendigen Spielraum. Bei dieser Zinsfrage geht es nicht um einen Kahlschlag, sondern es geht nur um den Verzicht auf die Erhöhung. So bleibt der Besitzstand erhalten. Das gilt auch für den Renaturierungsfonds, wohin ja 10 Prozent davon gehen. Diese Gelder sind somit nicht gefährdet.

In Punkt 2 geht es ja nur um eine temporäre Reduktion. Das ist meine Meinung und so haben wir das in der Gruppe der Motionäre diskutiert. Es geht nicht darum, neue Werke vollständig zu befreien, sondern wir wollen ihnen während eines gewissen Zeitraums Hilfen geben. Es handelt sich um eine Reduktion oder zeitlich befristete Aussetzung und dies auch nur für neue Kraftwerke. Ich bitte sie also, dieser Motion zuzustimmen. Vielleicht noch ein Wort zu Peter Flück. (*La présidente signale à l'orateur que son temps de parole est écoulé.*) Ich kann sein Votum sehr gut verstehen, aber ich wäre froh, wenn wir dann in anderen Sachen eben auch diese ASP-Massnahmen etwas besser zusammenhalten könnten.

La présidente. Mme Desarzens, et s'il y a encore un intervenant à titre personnel, je vous demande de vous annoncer, autrement je clos la liste. À vous Madame.

Eva Desarzens-Wunderlin, Boll (PLR). Ich habe beruflich und auch privat mit der Innerschweiz zu tun, auch auf der anderen Seite vom Baregg. Die ganze Diskussion hier im Grossen Rat hat immer an der Kantonsgrenze aufgehört. Es geht aber hier um ein Geschäft, das vom Bundesparlament beeinflusst wird. Es gibt auch andere Kantone, die sich überlegen müssen, ob sie diese Erhöhung weitergeben wollen oder nicht. Viele andere Kantone haben es so geregelt, dass sie nicht direkt in die Staatskasse geht, sondern in den Gemeinden verteilt wird. Bei uns ist es anders. Würden Sie zustimmen, diese Erhöhung nicht weiterzugeben, wenn es auch die Gemeinden betreffen würde? Da haben Sie einfach das Gefühl, es ist der Kanton Bern und nicht auch die Gemeinden. Ich kann Ihnen versichern, dass der Nationale Finanzausgleich NFA des Kantons Bern ziemlich unter Druck steht. Auch andere interkantonale Vereinbarungen stehen unter Druck. Wir als Grosskanton profitieren immer davon, wenn die Interkantonalen richtig funktionieren. Ich kann Ihnen empfehlen, diese Motion abzulehnen. Es ist teilweise relativ schwierig, was man als Bürger mitbekommen muss, wenn man jenseits des Bareggs ein politisches Geschäft interkantonally verkaufen muss. Der Kanton Bern profitiert vom NFA ausserordentlich, während andere Kantone bezahlen, ohne mit der Wimper zu zucken. Es würde nicht verstanden, wenn derselbe Kanton bei einem einfachen Umsetzen durch die Verwaltung darauf verzichtet, seine Kosten an die Elektrizitätsbetriebe im Kanton weiterzugeben.

La présidente. Nous sommes donc à la fin des débats sur cette motion. La présidente du Conseil exécutif va prendre la parole, et après, M. Grimm, le motionnaire, pourrait encore une fois prendre la parole s'il veut. Madame, c'est à vous.

Barbara Egger-Jenzer, directrice des travaux publics, des transports et de l'énergie. Man kann mir nachsagen was man will. Doch eines ist klar, und das wissen hier im Grossen Rat auch alle: Ich bin ein Wasserkraftfan! Ich habe mich immer ganz stark für die Wasserkraft engagiert, auch für das Grimsel-Projekt, und das werde ich auch weiterhin tun. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass Grosskraftwerke Rentabilitätsprobleme haben, und er stimmt mit dem Motionär völlig überein, dass eine Korrektur notwendig ist. Vielleicht war der Regierungsrat deshalb etwas zurückhaltend mit seiner Argumentation, Herr Grossrat Aeschlimann. Ich gebe ganz ehrlich zu, dass ich persönlich zum Zeitpunkt der Einreichung gewisse Zuneigung zu dieser Motion hatte. Nun bitte ich Sie einfach, meinem Votum zuzuhören.

Heute haben wir eine ganz andere Situation als zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Motion. Das muss man einfach wissen. Inzwischen hat nämlich der Nationalrat bei der Debatte um die Energiestrategie 2050 beschlossen, dass Grosswasserkraftwerke mit 600 Mio. Franken Investitionsbeiträgen mitsubventioniert werden. Wir können mit fast hundertprozentiger Sicherheit davon ausgehen, dass der Ständerat diesem Vorschlag zustimmen wird. Als Verwaltungsrätin der BKW kann ich Ihnen sagen, dass wir genau dies brauchen. Wir brauchen Investitionshilfen! Wir

brauchen nicht eine Senkung des Wasserzinses, der für die BKW 2 Mio. Franken ausmacht. Mit 2 Mio. Franken verbaut die BKW wirklich keinen einzigen Pflasterstein an der Grimsel. Wir brauchen die Millionen, die vom Bund jetzt gesprochen werden, dann können wir die Investitionen tätigen. Das ist es, was geändert hat, Herr Grossrat Grimm, und deshalb bin ich heute ganz klar der Meinung, dass man diese Motion ablehnen muss.

Ich komme noch zu einem weiteren, eigentlich fast wesentlicheren Punkt. Sie haben in der Antwort lesen können, dass die ganze Wasserzinsproblematik ja eine eidgenössische Problematik ist. Es gibt ein eidgenössisches Gesetz, das den Wasserzins festlegt und die Energiedirektoren beschäftigen sich damit, weil im Jahr 2019 eine neue Regelung in Bezug auf diese Wasserzinsen kommen wird. Die Energiedirektoren suchen nun mit dem Bund zusammen eine neue Regelung. Federführend bei dieser Neuregelung sind die Wasserkraftkantone Graubünden, Wallis und Bern. Wir befassen uns also sehr intensiv mit diesem Thema, und ich muss Ihnen sagen, dass ich mit meinen Kollegen aus den Wasserkantonen gesprochen habe. Sie können nicht verstehen, dass ein Kanton, der zu den grössten NFA-Empfängern gehört, freiwillig auf Wasserzinseinnahmen verzichtet. Das ist für sie völlig unverständlich!

Dann kommt etwas anderes hinzu: Für die ganze Übung hier braucht es eine Gesetzesänderung. Wir müssen hier im Grossen Rat ein Gesetz vorlegen. Wie Sie wissen, dauert das etwa zwei Jahre. Bis wir das an die Hand nehmen, sind wir bereits in der Nähe der eidgenössischen Lösung. Das macht doch keinen Sinn! Mit den eingesparten 6 Mio. Franken wird die BKW in diesen zwei, drei Jahren die Grimsel ganz sicher nicht ausbauen! Ich bitte Sie also, diese Motion abzulehnen, weil sie wirklich keinen Sinn macht. Und ich sage es noch einmal: Bei ihrer Einreichung machte sie Sinn. Man hätte damals in meinen Augen sogar weiter gehen können. Aber heute hat das Bundesparlament mit seinen Investitionsbeihilfen eine viel schlaudere Lösung. Diese können wir brauchen! Ich bitte sie deshalb wirklich, diese Motion abzulehnen!

La présidente. L'auteur de la motion, M. Grimm, vous avez la parole. Vous n'avez que trois minutes.

Christoph Grimm, Berthoud (pvl). Ich möchte mich direkt an die Frau Energiedirektorin wenden. Sie haben vorhin gesagt, wir können nicht auf diese Zinsen verzichten. Wir verzichten überhaupt nicht auf diese Zinsen, wir erhöhen sie nur einfach nicht. Darum geht es! Und der zweite Punkt sagt ja nicht, wir müssten unbedingt Rabatte geben, sondern die Möglichkeit ist offen, dass wir bei neuen Betrieben als Starthilfe Reduktionen der Wasserzinse gewähren können. Es stimmt, dass die Eidgenössischen Räte im Dezember gesagt haben, man möchte die 600 Mio. Franken sprechen. Diese sind aber noch nicht gesprochen, wie ich auch schon in meinem Votum gesagt habe.

Ich möchte noch zu beiden FDP-Voten zusammengefasst etwas sagen. Ich möchte einfach nicht die ASP mit diesen möglichen Nicht-Einnahmen in Verbindung bringen. Wir nehmen niemandem etwas weg, und das mit Krankenkasse und mit Spitex in Verbindung zu bringen, ist völlig falsch. Wir arbeiten hier klar für die Zukunft, für eine Planungssicherheit der Unternehmungen, denn der Bund und das BFE sagen, dass 25 Projekte gefährdet oder mindestens nicht optimal seien. Zudem möchte ich noch etwas zu den 3 Rappen sagen, über die wir von den Grünen gehört haben. Höchstens ein zu 100 Prozent abgeschriebenes Kraftwerk kann für 3 Rappen Strom produzieren. Sonst sind die Zahlen ganz anders. Ich habe mich gestern noch bei den Produzenten erkundigt. Es handelt sich um 5 und 6 Rappen. Ich bitte Sie also wirklich, diese Motion in allen Punkten anzunehmen. Übrigens konnte man heute Morgen auf Radio SRF hören, dass der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) wegen dem sinkenden Eurokurs in höchstem Mass gefährdet ist. Es sei am Kippen, und wir wissen, wenn das am Kippen ist, dann steht bei uns die Energiewende auch in den Sternen. Ich bitte Sie, die Motion anzunehmen.

La présidente. Vous n'avez pas demandé un vote point par point, n'est-ce pas M. Grimm? – Non. Nous passons au vote. Ceux qui acceptent cette motion votent oui, ceux qui refusent votent non.

Vote

Décision du Grand Conseil :

Adoption

Oui 99

Non	46
Abstentions	5

La présidente. Vous avez accepté cette motion.